P R E S S E I N F O R M A T I O N vom 21.12.2009 **DNR verlangt Neuaufbruch nach dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen**

Nach dem Scheitern der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen forderte heute in Berlin der Deutsche Naturschutzring (DNR) einen Neuaufbruch von Politik und Gesellschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Kopenhagen sei der Gipfel kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen, nicht aber für eine soziale und ökologische Neuordnung der Welt gewesen, um die bedrohliche Aufheizung der Erde endlich zu stoppen. DNR-Präsident Hubert Weinzierl: „Erneut geht wertvolle Zeit verloren. Seit den großen Klimakonferenzen der Vereinten Nationen Mitte der 80er Jahre stehen die Fakten fest. Damals hätte die globale Erwärmung noch bei 1,5 Grad Celsius gestoppt werden können. Seit dem Desaster von Kopenhagen rückt selbst das 2 Grad Celsius-Ziel in weite Ferne. Dabei hat bereits diese Erwärmung katastrophale Folgen für große Teile der Erde, insbesondere für die armen Länder.“ Notwendig sei ein Neuaufbruch, der vor allem von der Zivilgesellschaft ausgehen müsse. Weinzierl verwies in diesem Zusammenhang auf das durch den Lissabon-Vertrag geschaffene neue Instrument der Bürgerinitiative. Damit könne die EU-Kommission zu einer wirksamen Klimaschutzpolitik gebracht werden.

Nach Ansicht von DNR-Präsidialmitglied Michael Müller, zuständig für Klimafragen, hat die Bundeskanzlerin viel Glaubwürdigkeit verloren. „Sie will die Klimakanzlerin sein, aber sie regiert in einer schwarz-gelben Koalition, die eine neoliberale Wirtschaftspolitik verfolgt. Doch Marktradikalismus und Klimaschutz schließen sich aus. Die EU hat ihre Chance vertan, zum wichtigsten Akteur der Globalisierung zu werden. Angela Merkel hat in den letzten zwei Jahren, nachdem sie in der deutschen Ratspräsidentschaft einen ökologischen Impuls gesetzt hatte, mit angezogener Handbremse operiert. Jetzt muss die Bundeskanzlerin, wenn sie das Ziel ernst nimmt, dem Bundestag schnell ein verbindliches Klimaschutzgesetz vorlegen. Sie darf sich nicht länger an den Konflikten vorbeimauscheln. Die großen Energiekonzerne und auch die Automobilindustrie müssen in die Pflicht genommen werden und dürfen nicht länger gehätschelt werden.“

Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär mobil: 0160 97 209 108